

# Über die Veranstaltung

## Nach dem Staatsbankrott

Die fünfte Veranstaltungsrunde der Gesprächsreihe „Vergangenheit erinnern – Demokratie gestalten“ am 1. Dezember 2015 beschäftigte sich mit der wirtschaftlichen Situation der SED-Diktatur im Herbst 1989, den Umbrüchen im Jahr 1990 und den Folgejahren.

Im Herbst 1989 war die DDR hoch verschuldet und stand kurz vor der Zahlungsunfähigkeit – dem Staatsbankrott. Die SED-Führung unter Hans Modrow hatte zwar noch ein wirtschaftspolitisches Reformkonzept ausgearbeitet, doch die erste freie Volkskammerwahl im März 1990 zeigte, dass die Mehrheit der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger die Wiedervereinigung befürwortete – und somit das bundesdeutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft. Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion im Juli 1990 war ein erster Schritt in diese Richtung, dem die deutsche Einheit im Herbst 1990 folgte. Die beiden deutschen Teilstaaten standen nun vor der gewaltigen Aufgabe, die beiden Wirtschaftssysteme anzugleichen und die Wirtschaft der DDR von einer zentral gelenkten Planwirtschaft in eine freie und soziale Marktwirtschaft umzuwandeln. Dies bedeutete für die ostdeutschen Unternehmen und ihre Beschäftigten gleichzeitig immense Umstrukturierungsprozesse.

25 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Bilanz grundsätzlich positiv. Der Aufbau Ost, die Umwandlung der ostdeutschen Länder in eine soziale und ökologisch orientierte Marktwirtschaft, ist gelungen. Das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland hat sich mehr als verdoppelt, vor allem im Baugewerbe und Dienstleistungsbereich sind wettbewerbsfähige Unternehmen und Arbeitsplätze entstanden. Auch wenn nach wie vor Ungleichheiten zwischen Ost und West bestehen – etwa mit Blick auf die wirtschaftliche Infrastruktur, die Lohnentwicklung und die Arbeitslosenquote – zeigt dies die gewaltige Leistung, die in den letzten 25 Jahren insbesondere von den Ostdeutschen vollbracht wurde. Teilweise werden die Zweckmäßigkeit und die Effizienz der Umstrukturierungsmaßnahmen jedoch noch heute hinterfragt. Insbesondere die Rolle der Treuhandanstalt steht dabei in der Kritik.

Gemeinsam mit dem Bundespräsidenten hat die Gesprächsrunde den wirtschaftlichen Veränderungsprozess 1989/90 und in den Folgejahren genauer in den Blick genommen und u.a. folgende Fragen diskutiert: Wie sah die wirtschaftliche Situation 1989/90 in der DDR aus? Was waren die Herausforderungen bei der Organisation der wirtschaftlichen Umstrukturierung von der Planwirtschaft hin zur sozialen Marktwirtschaft, und wie wurden diese angegangen? Welche Folgewirkungen gingen damit einher und sind bis heute zu registrieren? Was bedeuten die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen für die Ostdeutschen?